

GRÜNDE FÜR DIE REPRESSIONEN GEGEN DIE DEUTSCHE MINDERHEIT IN RUMÄNIEN AM ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGS UND WARUM SIE DENNOCH NICHT VERTRIEBEN WURDEN

Matthias Duller*

Schlüsselwörter: Rumänische Kommunistische Partei, Deutschstämmige, Vertreibung, Nationalitätenfrage, vergleichende historische Analyse

Cuvinte cheie: Partidul Comunist Român, etnici germani, expulzare, problema naționalităților, analiză istorică comparativă

Einleitung

Ich möchte diese Festschrift zum Anlass nehmen, die Ergebnisse meiner 2011 fertiggestellten Masterarbeit nach ein paar Jahren Abstand mit neuen Fragen zu konfrontieren.¹ Kern dieser Arbeit war eine Analyse von Archivadokumenten der Rumänischen Kommunistischen Partei, die die wichtigsten innerparteilichen Debatten zu ihrer Haltung und Politik gegenüber der deutschen Minderheit in Rumänien unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zum Gegenstand hatten. Die Arbeit war insbesondere an den Argumentationen interessiert, mit denen die Rumänischen Kommunisten die Repressionen gegenüber den Deutschen begründeten. Da es sich bei diesen Akten vorwiegend um interne Diskussionsprotokolle und nicht um öffentliche Dokumente handelte, bei denen die propagandistische Funktionen viele der dahinterstehenden Überzeugungen zu überlagern drohten, kann dieser Quellenbestand als hinreichend geeignet betrachtet werden, die Innensicht der Rumänischen Kommunisten auf die deutsche Minderheit in Rumänien wirklichkeitsnah abzubilden.

* Karl-Franzens-Universität Graz, Institut für Soziologie, e-mail: matthias.duller@uni-graz.at

¹ Einige der hier vorgetragenen Argumente finden sich in ähnlicher und ausführlicherer Form in Matthias Duller, *Das ‚deutsche Problem‘ in der Rumänischen Kommunistischen Partei, 1944–1949, aus diskursanalytischer Perspektive* [nicht publizierte Masterarbeit] (Graz, 2011); sowie in Matthias Duller, „Rationalität der Rache. Das ‚deutsche Problem‘ in Rumänien zwischen 1944 und 1949 aus Sicht der Rumänischen Kommunistischen Partei,“ *Danubiana Carpathica. Jahrbuch für Geschichte und Kultur in den deutschen Siedlungsgebieten Südosteuropas* 6(53) (2012): 255–290.

Die Dokumente offenbarten die erwarteten Ressentiments in der RKP gegenüber einer Minderheit, die kollektiv als Anhänger Hitler-Deutschlands und damit als ein wesentlicher Faktor verstanden wurde, der der Etablierung einer neuen kommunistisch dominierten Herrschaft in Rumänien im Wege stand. Gleichzeitig befand sich die RKP am Ende des Zweiten Weltkriegs in einer komplexen Situation, in der sie sich sowohl innerhalb Rumäniens als auch auf internationalem Parkett um Legitimität bemühen musste, was vor allem die Wahrung von Minderheitenrechten miteinschloss. Das Vorgehen gegen die deutschen Gruppen Rumäniens als kollektive Feinde aufgrund ihrer ethnisch-nationalen Zugehörigkeit stellte daher ein Problem dar, das nur unter der Voraussetzung ihrer mehr oder weniger vollständigen Vertreibung gelöst werden konnte. Die fehlenden Aussichten auf dieses von den Kommunisten angestrebte Szenario stellten einen Widerspruch in der Haltung der RKP gegenüber den Deutschen in Rumänien dar. Wie die Analysen des Archivmaterials ergaben, wurde dieser Widerspruch bereits 1946 innerhalb der RKP deutlich artikuliert. Es vergingen allerdings noch weitere zwei Jahre, bis die RKP die Konsequenzen daraus zog und die Deutschen in Rumänien nicht mehr als kollektive Feinde, sondern als nationale Minderheit behandelte.

Dieser Text rekapituliert die Kernthesen dieser Arbeit, indem er (1) die politische Situation der RKP am Ende des Zweiten Weltkriegs unter besonderer Berücksichtigung der Nationalitätenfrage und jener der deutschen Minderheit darlegt; (2) die Argumentationen nachvollzieht, mit denen die RKP ihre Haltung gegenüber den Deutschen begründete. Er geht aber darüber hinaus, indem er eine ostmitteleuropäischen Vergleichsperspektive einfließt und dadurch (3) ausführlicher als bisher die Frage diskutiert, inwiefern die Politik der RKP gegenüber den Deutschen auf deren Vertreibung ausgerichtet und warum das dennoch nicht passiert ist.

Die Rumänische Kommunistische Partei, die Nationalitätenfrage und die Deutschen in Rumänien

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs etablierte sich in Rumänien unter maßgeblichem Einfluss der Sowjetunion ein neues politisches System, das sehr bald von der Rumänischen Kommunistischen Partei dominiert wurde. Nach dem so genannten Seitenwechsel von einer Achsenmacht an der Seite Hitler-Deutschlands auf die Seite der Sowjetunion und der Alliierten im August 1944, agierten die rumänischen Regierungen unter Einbezug unterschiedlicher politischer Kräfte als National-Demokratische Front, innerhalb derer die Kommunisten ab März 1945 die Führerschaft übernahmen.

Diese Tatsache soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die

Rumänische Kommunistische Partei in dieser Zeit in einer politisch sehr schwierigen Lage befand. 1921 als Sektion der Dritten Internationale (Komintern) und damit unter der Dominanz der Sowjetunion gegründet, verfolgte die Partei gemäß den Moskauer Vorgaben eine Politik, die auf die Destabilisierung des rumänischen Staats vor allem durch die Unterstützung aller irredentistischen nationalen Gegenbewegungen ausgerichtet war. Im konkreten Fall hieß das, dass sich die RKP sehr stark für die Rechte der ethnischen und nationalen Minderheiten im Land einsetzte und offen für das Wiederabtreten der nach dem Ersten Weltkrieg erhaltenen Gebiete Siebenbürgen und Bessarabien eintrat.² Gleichzeitig herrschte in der RKP nach innen hin ein radikaler „nationaler Nihilismus“³, also ein strenges Verbot für die Parteimitglieder selbst in irgendeiner Weise Anzeichen nationaler Zugehörigkeiten erkennen zu lassen.

Diese Haltungen hatten zwei Konsequenzen. Zum einen blieb die RKP eine zahlenmäßig äußerst marginale politische Kraft. Dafür verantwortlich war einerseits das sozialstrukturelle Fehlen einer mobilisierbaren proletarischen Klasse im überwiegend agrarischen Rumänien der Zwischenkriegszeit. Andererseits sah sich die Partei aufgrund ihrer antinationalen Positionen schwerwiegenden Repressionen durch die etablierten politischen Kräfte ausgesetzt, was 1924 zum Verbot der RKP führte. Die ohnehin sehr niedrige Mitgliederzahl sank von etwa 2.000 bis 2.500 vor dem Verbot auf 1.200 im Jahr 1931 ab⁴, und blieb während der folgenden Jahre auf konstant niedrigem Niveau. Die meisten ihrer Mitglieder verbrachten die Zwischenkriegszeit entweder im meist sowjetischen Exil oder im Gefängnis. Im August 1944, als der Zweite Weltkrieg in Rumänien endete, hatte die RKP nicht mehr als 1.000 Mitglieder und stellte damit die proportional zur Einwohnerzahl kleinste aller in Osteuropa vertretenen Kommunistischen Parteien dar.⁵ Die zweite Konsequenz betraf die innere Struktur der Partei, die ihre Unterstützer überwiegend unter den nationalen Minderheiten fand, was ihren Ruf als „unrumänischer“ ausländischer Infiltrationsversuch noch verstärkte.⁶

Zum Zeitpunkt des rumänischen Seitenwechsels und des danach erfolgten Kriegseintritts Rumäniens auf Seiten der Sowjetunion und der Alliierten, der auch den Beginn des Aufstiegs der Kommunisten in Rumänien bedeutete, verfügte die RKP nur über einen sehr kleinen, politisch entweder im Gefängnis oder

² Vgl. Robert R. King, *A History of the Romanian Communist Party* (Stanford: Hoover, 1980), 29f.

³ Vladimir Tismaneanu, *Stalinism for All Seasons: A Political History of Romanian Communism* (Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press, 2003), 69.

⁴ *Ibid.*, 57f.

⁵ *Ibid.*, 59.

⁶ *Ibid.*, 38.

in sowjetischen Exil sozialisierten Kader und praktisch keinen Rückhalt in der Bevölkerung oder Ansehen unter den etablierten politischen Kräften. Das macht deutlich, dass der Aufstieg der RKP innerhalb weniger Monate zur dominanten politischen Kraft ohne die Präsenz der sowjetischen Militärverwaltung undenkbar gewesen wäre. Dennoch oder gerade aufgrund ihrer Marginalität setzte die RKP gezielte Maßnahmen zur Steigerung ihrer Popularität.

Neben dem dominierenden Faktor sowjetischer Präsenz profitierte die RKP dabei davon, dass sie sich stark für eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen den Nationalitäten einsetzte, welches sich vor und während des Krieges massiv verschlechtert hatte. Insbesondere in Siebenbürgen, dessen nördlicher Teil 1940 durch den Zweiten Wiener Schiedsspruch an Ungarn gefallen war und dessen Status vorerst noch ungeklärt blieb, kam es 1944/45 immer wieder zu Zusammenstößen zwischen rumänischen, ungarischen und anderen nationalen Gruppen. Um sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene ihre Legitimität zu steigern, betrachtete die RKP eine konstruktive Rolle in der Lösung der Siebenbürgenfrage und des dort besonders virulenten Nationalitätenproblems als das entscheidende Thema, durch das sie ihren politischen Gestaltungsanspruch rechtfertigen konnte. Auch gegenüber den politischen Mitbewerbern, mit denen die RKP in der National-Demokratischen Front zusammenarbeitete, wurden immer wieder Vorwürfe erhoben, diese wären während der autoritär-nationalistischen Zwischenkriegs- und Kriegszeit Kompromisse und Kollaborationen mit faschistischen und nationalistischen Kräften eingegangen. Insbesondere gegenüber der populären Nationalen Bauernpartei von Iuliu Maniu war dieser Vorwurf wesentlicher Bestandteil der kommunistischen Agitation. Dass die RKP mit dieser Strategie Erfolg hatte, lässt sich an der rasant steigenden Mitgliederzahl ablesen, die im April 1945 bereits 42.653 betrug.⁷

Innerhalb der Führungsgruppe in der RKP war es in erster Linie Vasile Luca (1898–1960), ein ungarischstämmiger als Luka László der Nähe von Braşov geborener Arbeiter⁸, der in der Siebenbürgenfrage im Speziellen und in der Frage der ethnischen Verhältnisse im Allgemeinen während der ersten Nachkriegsjahre federführend auftrat. Petru Groza (1884–1958), Regierungschef der ersten von der RKP dominierten Regierung ab März 1945, brachte diese politische Präferenz am 6. Juli 1945 in einer Sitzung der National-Demokratischen Front zur Siebenbürgenfrage auf den Punkt: „Wenn wir in der Nationalitätenfrage Kompromisse machen, glaube ich nicht, dass wir noch einen Grund haben zu existieren“.⁹

⁷ Tismaneanu, *Stalinism for All Seasons*, 87.

⁸ *Ibid.*, 262.

⁹ Rumänisches Nationalarchiv Bukarest, Fond CC al PCR. Cancelarie, Dosar 57/1945, S.12.

Wie bereits angedeutet, lag in diesem Schwerpunkt auf der Minderheitenfrage aber gleichzeitig auch ein schwerwiegendes politisches Problem für die Machtentfaltung der RKP, litt die Partei doch bei der rumänischen Mehrheitsbevölkerung stark unter ihrem Image eine nicht-rumänische Minderheitenpartei zu sein. Gerade der hohe Anteil an ethnischen Ungarn innerhalb der RKP war immer wieder Anlass für Misstrauen unter den ethnischen Rumänen. Stalin selbst unterstützte daher eine „Rumänisierungskampagne“, der Anfang 1946 unter anderem beinahe zwei der vier maßgeblichsten Persönlichkeiten der RKP, Ana Pauker und Vasile Luca, zum Opfer fielen.¹⁰

Entscheidend für die folgenden Ausführungen ist, dass das Nationalitätenproblem und die Siebenbürgenfrage in dieser Zeit fast ausschließlich als ein Problem zwischen Rumänen und Ungarn verhandelt wurden, die in den vorangegangenen Jahrzehnten konkurrierende staatliche und kulturelle Führungsansprüche an das Gebiet gestellt hatten. Eine dritte ethnische Gruppe von großer historischer Bedeutung, die Deutschen, wurden innerhalb der RKP gewöhnlich nicht in diesem Zusammenhang diskutiert, sondern nahmen eine gänzlich andere Stellung in den Debatten ein. Sie wurden in der RKP während der Nachkriegsjahre nicht als nationale oder ethnische Minderheit behandelt, sondern kollektiv als Nazi-Kollaborateure und damit als Feinde des Regimes betrachtet.

Dafür lassen sich zwei unterschiedliche Erklärungslinien anführen. Die erste betrifft die historische Genese des Selbstverständnisses der deutschsprachigen Gruppen in Rumänien, das sich insbesondere seit den 1920er Jahren von einer ethnischen Minderheit in einer multiethnischen Umgebung zu einem organischen Teil einer einzigen deutschen Nation entwickelt hatte. Eine zweite Erklärungslinie stellt stärker auf eine Analyse der politischen Situation der RKP im Hinblick auf die Minderheitenproblematik ab und zeigt auf, welche Ziele die RKP mit der kollektiven Diskriminierung der Deutschen während der Nachkriegsjahre verfolgte.

Der angesprochene identitäre Wandel der deutschsprachigen Gruppen in Rumänien ist zunächst im Zusammenhang mit dem allgemeinen Aufblühen konkurrierender Nationalismen in Europa seit dem 19. Jahrhundert zu sehen. Historisch in eine Vielzahl kulturell diverser Gruppen deutschsprachiger Siedler unterschieden, vollzog sich die nationale Selbstwerdung als Deutsche als langsamer und unvollständiger Prozess unter dem Einfluss zuerst ungarischer dann rumänischer Nationalstaatlichkeit einerseits und dem Aufkommen großdeutscher Ideologien andererseits. Vor dem Hintergrund einer auch in Rumänien immer stärker zum Faschismus neigenden politischen Kultur,

¹⁰ Tismaneanu, *Stalinism for All Seasons*, 262.

zeigten sich die deutschsprachigen Gruppen in Rumänien sehr empfänglich für nationalsozialistische Agitation, was durch die diplomatische Nähe Rumäniens mit Hitler-Deutschland noch begünstigt wurde. In diesem Zusammenhang zunehmender ethnisch-nationaler Antagonismen vollzog sich die nationale Integration der deutschen Gruppen in Rumänien gleichzeitig als Desintegration von den sie umgebenden Ethnien und dem rumänischen Staat, dem man immer weniger Loyalitäten entgegenbrachte.

Mehr als alles andere hatte der Zweite Weltkrieg diese Tendenz verstärkt, als ein sehr hoher Anteil der rumäniendeutschen kriegsfähigen Männer in deutschen Verbänden—vor allem in der SS—in den Krieg eintraten.¹¹ Dieser Umstand wurde besonders folgenschwer, nachdem Rumänien im Spätsommer 1944 die Fronten wechselte, wodurch jene rumänischen Staatsbürger, die in den deutschen Verbänden kämpften, zu Kriegsgegnern wurden. Wie in anderen Teilen Ostmitteleuropas verließen große Teile der deutschsprachigen Bevölkerung Rumäniens vor der Ankunft der Roten Armee fluchtartig das Land. In Nordsiebenbürgen hatte die Wehrmacht die deutschsprachigen Gruppen evakuiert, während in vielen größeren Gemeinden im Banat etliche die Flucht Richtung jugoslawischer und ungarischer Grenze ergriffen. Insgesamt hatten auf diese Weise etwa 100.000 ethnische Deutsche ihre Heimat verlassen, von denen jedoch viele später wieder zurückkehrten oder von der Roten Armee gefangen genommen und in Lagern in Rumänien interniert wurden.¹²

Von diesen ungeordneten und oft spontanen und panikartigen Bewegungen zu unterscheiden sind die gezielten Diskriminierungsmaßnahmen, die die Regierungen der ostmitteleuropäischen Staaten gegen die deutschen

¹¹ Die genauen Zahlen schwanken je nach Quelle. Der Endbericht der präsidentialen Kommission zur Analyse der kommunistischen Diktatur in Rumänien geht unter Berufung auf Zahlen des rumänischen Außenministeriums von etwa 50.000 rumänischen Staatsbürgern deutscher ethnischer Herkunft aus, die in den deutschen Militärverbänden gedient haben. Comisia Prezidențială pentru Analiza Dictaturii Comuniste din România, *Raport final* (București, 2006), 542. Online abrufbar: www.presidency.ro/static/ordine/RAPORT_FINAL_CPADCR.pdf (2.9.2015); Hannelore Baier spricht von etwa 65.000. Hannelore Baier, „Die Deutschen in Rumänien in den Jahren 1945 bis 1948,” in Mariana Hausleitner, Hg., *Vom Faschismus zum Stalinismus: Deutsche und andere Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa 1941–1953* (München: IKGS-Verlag, 2009), 173–180:174; Markus Wien nennt etwa 75.000: Markus Wien, „The Germans in Romania: The Ambiguous Fate of a Minority,” in Steffen Prauser, Arfon Rees, Hg., *The Expulsion of the ‘German’ Communities from Eastern Europe at the End of the Second World War*. EUI Working Paper HEC No. 2004/1 (Florenz: European University Institute, 2004), 59–69; Paul Milata kommt auf 63.560 rumäniendeutsche SS-Angehörige ± 1.680: Paul Milata, *Zwischen Hitler, Stalin und Antonescu: Rumäniendeutsche in der Waffen-SS* (Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2007), 297.

¹² Comisia Prezidențială pentru Analiza Dictaturii Comuniste din România, *Raport final*, 542.

Minderheiten ergriffen.¹³ In Rumänien wurden Repressionsmaßnahmen gegen alle Angehörigen der deutschen Minderheit im September 1944 ergriffen. Neben dem Entzug staatsbürgerlicher Grundrechte, wie des Wahlrechts und des Rechts auf Vereinsgründung, bediente man sich hierbei vor allem der Deportation in Arbeitslager in der Sowjetunion und ihrer fast vollständigen Enteignung, die über die Umsetzung der Agrarreform im Jahr 1945 größtenteils vollzogen wurde. Die Deportation von ethnischen Deutschen in die sowjetischen Arbeitslager erfolgte aufgrund eines von Stalin unterzeichneten geheimen Befehls vom 16. Dezember 1944, demzufolge alle arbeitsfähigen Deutschen – bei Männern von 17 bis 45, bei Frauen von 18 bis 30 Lebensjahren – in den von der Roten Armee befreiten Gebiete in Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Ungarn und der Tschechoslowakei „mobilisiert“ werden müssten.¹⁴

Das zweite Mittel, das sich explizit gegen die deutschsprachige Bevölkerung in Rumänien richtete, war die Umsetzung der Agrarreform, die im gesamtpolitischen Zusammenhang als eine sofortige Maßnahme zur Aufwertung vor allem der rumänischen Bauern gedacht war und daher als wichtiger Bestandteil der kommunistischen Strategie zu verstehen ist, ihre Popularität bei der breiten Landbevölkerung zu steigern. Daneben sollte die Agrarreform die Bestrafung jener ermöglichen, die für das Desaster des Landes verantwortlich gemacht wurden, worunter neben Kriegsverbrechern und Funktionären des faschistischen Regimes auch vielfältig definierte Personenkreise gemeint waren, die sich in verschiedener Weise ideologisch auffällig verhalten hatten.¹⁵ In der Notverordnung Nr.178/1945 zur Umsetzung der Agrarreform sah die kommunistisch dominierte Regierung die Konfiszierung von Eigentum jeder physischen oder juristischen Person vor, die mit Hitler-Deutschland kollaboriert hat. Da die Definition, wer in dieser Frage als Kollaborateur zu gelten hatte, auch einfache Mitglieder der 1940 durch die NSDAP gegründeten Deutschen Volksgruppe umfasst, und im Falle der in die SS eingetretenen sogar deren

¹³ Hugo Service, „Reinterpreting the Expulsion of Germans from Poland, 1945–9,” *Journal of Contemporary History* 47 (3)(2012): 528–550.

¹⁴ Comisia Prezidențială pentru Analiza Dictaturii Comuniste din România, *Raport final*, 545. Die Befehle zur Mobilisierung der deutschen Bevölkerung an die lokalen Behörden finden sich in: Mihnea Berindei, Dorin Dobrințu, Armand Goșu, Hg., *Istoria Comunismului din România: Documente: Perioada Gheorghe Gheorghiu-Dej (1945–1965)*. Comisia Prezidențială pentru Analiza Dictaturii Comuniste din România (București: Humanitas, 2009).

¹⁵ Vgl. Baier, „Die Deutschen in Rumänien”; Vom Notstandsgesetz vom 1. September 1945 für die Verfolgung und Sanktionierung der am Desaster des Landes Schuldigen und der Kriegsverbrecher sind unter anderem auch solche betroffen, die sich durch Schrift, Stimme oder in irgendeiner anderen Form in den Dienst des Faschismus oder Hitlerismus gestellt hatten sowie solche, die mit der deutschen oder einer mit dieser verbündeten Armee das Land verlassen haben. Rumänisches Nationalarchiv Bukarest, Fond CC al PCR. Cancelarie, Dosar 352/1945

Vorfahren und Nachfahren mit einschließt¹⁶, betrafen die Enteignungen faktisch den gesamten sächsischen und schwäbischen Besitz im Land.¹⁷ Das Gesetz zur Gründung der Deutschen Volksgruppe vom 20. November 1940 sah nämlich vor, dass alle rumänischen Staatsbürger, die sich zum deutschen Volk bekannten bzw. deren deutsche ethnische Herkunft anerkannt war, von der Führung der Deutschen Volksgruppe als solche registriert wurden.¹⁸ Dadurch war es, um durch das neue Gesetz als Nazi-Kollaborateur zu gelten, nicht notwendig, jemals aus eigenen Stücken irgendeiner Organisation beigetreten zu sein oder eine sonstige Zugehörigkeitsbekundung geäußert zu haben. Eine spätere Verordnung (undatiert, sicher jedoch nach dem 6. August 1945), die die zu enteignenden Personen definiert, weist auch keinerlei Hinweise auf den Vorwurf der Kollaboration auf, schließt aber stattdessen explizit die Vor- und Nachfahren aller der deutschen Minderheit zuzurechnenden Personen in den Kreis der zu enteignenden mit ein. Allein die Ausstellung eines Zertifikats durch eine staatliche Behörde, das die nichtdeutsche ethnische Herkunft bestätigt, war hiernach hinreichend, der Enteignung zu entgehen.¹⁹ Die Bilanz, die Landwirtschaftsminister Traian Săvulescu am 10. Jänner 1947 gezogen hatte, lautete: „143.000 Familien und 95% des sächsischen und schwäbischen Landbesitzes – einschließlich der Häuser – enteignet [. . .]“.²⁰

Dadurch ist belegt, dass es der rumänischen Führung hier nicht nur, wie stets betont wurde, um eine Bestrafung individueller Kriegsverbrecher und Nazi-Kollaborateure ging, sondern um eine auf die gesamte deutschsprachige Bevölkerung gerichtete Ausgrenzungspolitik, die im Widerspruch zu den international geltenden Minderheitenschutzbestimmungen sowie der kommunistischen Nationalitätenpolitik selbst stand. Letztere fasst Târau folgendermaßen zusammen: „Völlige Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied von Nationalität, Religion oder Geschlecht; Herstellung einer Ordnung der freundlichen Koexistenz der Nationalitäten; die Notwendigkeit der Attraktivität der National-Demokratischen Front bei den mitwohnenden Nationalitäten²¹; die Abschaffung der diskriminierenden Rechtslage und die Einführung des Gesetzes für nationale Minderheiten durch den revolutionären Druck von unten“.²²

¹⁶ Rumänisches Nationalarchiv Bukarest, Fond CC al PCR. Cancelarie, Dosar 373/1945, S.4.

¹⁷ Comisia Prezidențială pentru Analiza Dictaturii Comuniste din România, *Raport final*, 546.

¹⁸ Vgl. die von den Vertretern der Sachsen und Schwaben an die ZK-Mitglieder Ana Pauker und Vasile Luca gerichtete Denkschrift vom 31. Mai 1945. Rumänisches Nationalarchiv Bukarest, Fond CC al PCR. Cancelarie, Dosar 373/1945, S.4

¹⁹ Rumänisches Nationalarchiv Bukarest, Fond CC al PCR. Cancelarie, Dosar 347/1945.

²⁰ Baier, „Die Deutschen in Rumänien,“ 177; vgl. Comisia Prezidențială pentru Analiza Dictaturii Comuniste din România, *Raport final*, 547.

²¹ Kommunistischer Terminus für nationale Minderheiten („naționalității conlocuitoare“).

²² Virgiliu Târau, „Problema națională în politica Partidului Comunist Român în anii

Beweggründe für die Repressionen

Eines der auffälligsten Argumente, das gegen die Deutschen in den Debatten innerhalb der RKP und der National-Demokratischen Front immer wieder genannt wird, betrifft deren so empfundene Funktion als „Vorposten des deutschen Imperialismus“. Die analysierten Dokumente aus dem Zentralkomitee der RKP zeigen, dass es kaum Wortmeldungen zum deutschen Problem von Mitgliedern der RKP gibt, die nicht in expliziten Begriffspaarungen oder zumindest innerhalb des Diskussionszusammenhangs auf die Instrumentalisierung der deutschsprachigen Rumänen für die deutschen geopolitischen Expansionsbestrebungen in Mittel- und Osteuropa hinweisen. Wie Mark Kramer unter Bezugnahme auf Akten aus Stalins persönlichem Archiv betont, war die Entstehung des kommunistischen Blocks in Osteuropa zuerst auf die sowjetische Minimalforderung zurückgegangen, eine Art Schutzzone gegen weitere europäische Invasionen und insbesondere gegen die Gefahr eines wiedererstarkenden deutschen Militarismus zu errichten.²³ Der politische Zusammenhalt des erst schrittweise entstehenden Blocks wurde entscheidend durch die einende Angst vor den Deutschen begünstigt.²⁴

Stalin erachtete vor allem die fehlende Loyalität der nicht-russischen Nationalitäten als entscheidende Schwächung des Widerstands gegen die nationalsozialistische Besatzung während des Zweiten Weltkriegs, wobei er gerade den deutschen Minderheiten eine besondere Funktion in dieser Frage zuschrieb. Der ehemalige sowjetische Spion und für den Aufbau der Geheimpolizei in Rumänien zuständige Emil Bodnăraș, formulierte unter Berufung auf die Haltung von Petru Groza die Forderung nach der Vertreibung der Deutschen im August 1946 daher so: „Warum liquidieren wir nicht ein für allemal diese Pfeiler des *Drangs nach Osten* (deutsch im Original, *Anm. M.D.*), die morgen oder übermorgen, angenommen Deutschland erholt sich wieder, die Träger der imperialistischen Expansion werden“²⁵

Neben dem dargelegten Fokus der RKP auf eine Politik der nationalen Versöhnung, die sich insbesondere auf das Verhältnis von Rumänen und Ungarn bezog, bestand das Kernstück der sozial- und wirtschaftspolitischen

1944–1946: Considerații preliminare,” *Anuarul Institutului de Istorie Cluj-Napoca* 36 (1997): 223–241:228.

²³ Mark Kramer, „Stalin, Soviet Policy, and the Consolidation of a Communist Bloc in Eastern Europe, 1944–53,” in Vladimir Tismaneanu, Hg., *Stalinism Revisited: The Establishment of the Communist Regimes in East-Central Europe* (Budapest/New York: Central European University Press, 2009), 51–101:59.

²⁴ Kramer, „Stalin,” 101.

²⁵ Rumänisches Nationalarchiv Bukarest, Fond CC al PCR. Cancelarie, Dosar 44/1946, S.14.

Anstrengungen während der Phase der stalinistischen Revolutionen in Rumänien wie in den meisten anderen kommunistischen Ländern in Kollektivierung der Landwirtschaft. Die sozialstrukturellen Voraussetzungen, die sich den kommunistischen Parteien sowohl in Russland, als auch in fast allen anderen europäischen Staaten darbieten, waren mit Ausnahme der hochindustrialisierten Tschechoslowakei, durchwegs landwirtschaftlich dominierte Volkswirtschaften.

Die unmittelbar nach dem Kriegsende durchgeführte Agrarreform war für die RKP das zentrale politische Projekt, das nicht nur der Steigerung der eigenen Popularität diene, sondern eine wichtige sozialpolitische Weichenstellung bedeutete. Mittels der Reform sollten die historischen Verteilungszusammenhänge des landwirtschaftlichen Besitzes sowie der landwirtschaftlichen Produktion aufgelöst werden, um die neue revolutionäre soziale Ordnung begründen zu können. Der Hauptfeind dieser Reformen waren die in der sowjetischen Terminologie als Kulaken (rumänisch: *chiaburi*) bezeichneten Großbauern, über deren Enteignung die umfassenden Umverteilungsaktionen an breite zuvor besitzlose Massen erst ermöglicht werden konnte.

Entsprechend der stalinistischen Theorie über die „Diktatur des Proletariats“, die die Einheit der Arbeiterklasse mit den armen Bauern anstrebte, wurden die Bauern in Rumänien je nach der Fläche ihres Landbesitzes in vier Kategorien eingeteilt: die proletarischen Bauern, die armen Bauern, die mittleren Bauern und die Kulaken. Die ersten beiden Kategorien sollten sich demzufolge mit der dritten vereinigen und gemeinsam den Kampf gegen die Kulaken aufnehmen, die dadurch zum prinzipiellen Klassenfeind erklärt wurden.²⁶ Die ländlichen Besitztümer der Sachsen und Schwaben waren hierfür von besonderem Interesse, da jene aufgrund der historischen Privilegien, die sie während der habsburgischen und ungarischen Herrschaft über lange Zeit genossen hatten, über relativ großen landwirtschaftlichen Besitz verfügten. Außerdem sind hier noch die Besitztümer anzuführen, die sich in Siebenbürgen in den Händen der evangelischen Landeskirche und im Banat in jenen der römisch-katholischen Kirchengemeinden befanden.

Die äußerst konsequent betriebene Enteignung des deutschen Landbesitzes in den ersten Jahren der Agrarreform ist daher wohl auch durch die dadurch den Kommunisten erwachsenden Verteilungsspielräume erklärbar, von denen der Erfolg der Agrarreform letztlich entscheidend abhängig war. Wiewohl das Vorgehen gegen die Deutschen mit besonderem Nachdruck betrieben wurde, betrafen diese Maßnahmen die Angehörigen aller Nationalitäten, besonders

²⁶ Tismaneanu, *Stalinism for All Seasons*, 109.

stark auch den ungarischen Landbesitz, welcher ebenfalls zu 80 Prozent enteignet wurde.²⁷

Wer darüber hinaus als Kulake bzw. *chiabur* definiert wurde, hatte ebenso wie dessen Familienangehörige unter weitreichenden Diskriminierungen zu leiden, die sich neben der Umverteilung von (Land-)Besitz unter anderem etwa auch auf den Zugang zu höherer Bildung auswirkten. Während der so genannten rumänischen Kulturrevolution wurden Kinder von Großbauern und andere Angehörige von Schichten mit „ungesundem“ sozialen Hintergrund etwa von den Universitäten ausgeschlossen bzw. deren höchst mögliche schulische Abschlüsse limitiert.²⁸ Dies belegt, dass Mechanismen der so genannten Sippenhaft zum allgemeinen Instrumentarium der kommunistischen Herrschaft während der Nachkriegszeit zählten und nicht ausschließlich, wie es von zeitgenössischen Kommentatoren oft behauptet wurde, auf die Angehörigen der deutschen Minderheit angewandt wurde.

Darüber hinaus dürften auch kulturelle Ressentiments gegenüber den Deutschen eine Rolle gespielt haben. Die kommunistische Kulturpolitik verfolgte das Ziel größtmöglicher kultureller Einheitlichkeit. Dies bedeutete zum einen, dass es die Aufgabe der mit kulturpolitischen Agenden betrauten Parteisektionen²⁹ war, eine am sowjetischen sozialistischen Realismus orientierte Standardisierung kultureller Produktion zu entwickeln, und zum anderen durch Zensur und Überwachung der intellektuellen Zirkel Rumäniens allzu spontane Regungen zu unterbinden.³⁰

Sachsen und Schwaben hatten während der Jahrhunderte kultureller Autonomie ein ausgeprägt idiosynkratisches Kulturleben hervorgebracht, das sich nicht nur sprachlich in seinen literarischen Traditionen, den Wissenschaften und den Künsten sowie im allgemeinen volkstümlichen Geistesleben sowie der Religion merklich von den nicht-deutschen Traditionen unterschied. Gerade

²⁷ Armin Heinen, „Überwältigung – Verstrickung – Sprachlosigkeit. Die Stalinisierung Rumäniens, die Geschichte der nationalen Minderheiten 1944–1947 und die Logik der Argumente,” in Mariana Hausleitner, Hg., *Vom Faschismus zum Stalinismus: Deutsche und andere Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa 1941–1953* (München: IKGS-Verlag, 2009), 77–90:82.

²⁸ Cristian Vasile, „Propaganda and Culture in Romania at the Beginning of the Communist Regime,” in Vladimir Tismaneanu, Hg., *Stalinism Revisited: The Establishment of the Communist Regimes in East-Central Europe* (Budapest/New York: Central European University Press, 2009), 367–385: 374.

²⁹ Von 1945 bis 1948 waren die Agitprop-Aktivitäten innerhalb der zentralen Sektion für politische Erziehung (SCEP) organisiert, einer durch die nicht vorhandenen alleinigen Kontrolle der RKP im Ganzen inkohärente Organisation. 1948 wurde schließlich die Abteilung für Propaganda und Agitation als Sektion des ZK der RKP geschaffen, über die Kommunisten ihre Kulturpolitik wesentlich effizienter organisieren konnten. Vgl. Vasile, „Propaganda”.

³⁰ Vgl. Vasile, „Propaganda”.

die Zerschlagung der Religionsgemeinschaften hatte hohe Priorität, was sich insbesondere gegen Katholiken, Unitarier und Protestanten richtete. Allein die orthodoxe Kirche konnte sich aufgrund ihres nationalen Charakters, sowie ihrer Zugehörigkeit zum slawischen und damit sowjetisch kontrollierten Kulturkreis mit dem Regime arrangieren und dadurch ihre traditionellen Verbindungen zur Staatsmacht auch während des Kommunismus aufrecht erhalten.³¹

Auch hier muss wiederum angemerkt werden, dass dieser Prozess nicht vordergründig ethnisch motiviert war. Die rücksichtslose Zerschlagung der unierten Kirche, die aufgrund ihrer ethnischen Struktur nicht weniger rumänisch war als die orthodoxe³², verdeutlicht, dass der Drang nach Homogenisierung das entscheidende Prinzip war, nicht so sehr die Zuordnung bestimmter Religionen zu bestimmten Ethnien.

Stalinistische Pädagogik oder die Möglichkeit der Vertreibung

Die Behandlung der deutschen Minderheit in Rumänien durch die Rumänische Kommunistische Partei nach dem Ende des Zweiten Weltkrieg war von scharfen Diskriminierungen und Einschüchterungen geprägt, die sich neben dem Verlust staatsbürgerlicher Rechte vor allem in der Deportation von zehntausenden Angehörigen der deutschen Minderheit in Arbeitslager in der Sowjetunion³³ sowie in der fast vollständigen Enteignung des sächsischen und schwäbischen Landbesitzes äußerte. Aus den Äußerungen der Führungspersonen in der RKP haben sich einige Argumente herauskristallisiert, die die Beweggründe für diese Politik erkennbar werden ließen.

Es deutet vieles darauf hin, dass die wahren politischen Adressaten dieser Maßnahmen allerdings nicht die Betroffenen selbst waren, sondern alle anderen. Rumänien hatte bis zum Sommer 1944 als Verbündeter Hitler-Deutschlands am Ostfeldzug teilgenommen. Die innere Verfasstheit des rumänischen Staates hatte bereits seit den 1930er Jahren zunehmend autoritäre Züge angenommen und auch immer deutlicher faschistische Tendenzen inkorporiert. Rassistische und antisemitische Töne wurden zu einem genuinen Bestandteil der rumänischen politischen Öffentlichkeit und sind nicht auf den Einfluss Deutschlands reduzierbar. Klare gesellschaftliche Bruchlinien zwischen

³¹ Zum (unvollständigen) Säkularisierungsprozess in Rumänien siehe: Bogdan Moşneagu, „Die rumänische orthodoxe Kirche und die Moderne: Aspekte eines Säkularisierungsprozesses im 19. Jahrhundert,“ in Flavius Solomon, Krista Zach, Juliane Brandt, Hg., *Vorbild Europa und die Modernisierung in Mittel- und Südosteuropa* (Berlin: LIT Verlag, 2009), 105–122.

³² Vgl. Lucian Boia, *History and Myth in Romanian Consciousness* (Budapest: Central European University Press, 2001), 72.

³³ Baier spricht von 75.000: Baier, „Die Deutschen in Rumänien,“ 174; andere Quellen sprechen von 41.000 siehe: Heinen, „Überwältigung,“ 82.

den ethnischen Rumänen und den deutschsprachigen Gruppen in Rumänien dürften, zumindest was deren Einstellung zum Faschismus anbelangt, wohl nicht bestanden haben.³⁴

In dieser Situation kommt der kollektiven Schuldzuweisung an die Deutschen eine besondere Rolle zu. Eine eindeutige Zuweisung von Schuld und Unschuld galt als Voraussetzung für die Herstellung einer blühenden Zukunft³⁵, indem dadurch implizit eine teilweise Absolution der nicht-deutschen Bevölkerungsteile von ihrer kollektiven Verantwortung für die faschistischen Verbrechen. Dem rigorosen Vorgehen gegen jene, die zum Feind erklärt wurden lag also keine wie auch immer gedachte Erziehungsabsicht der Bestraften zugrunde, sondern diente vielmehr als allgemeines Exempel zur Verdeutlichung der neuen normativen Ordnung.

Den Kommunisten war zu jedem Zeitpunkt bewusst, dass ihre Maßnahmen keineswegs nur wirkliche Nazi-Kollaborateure betrafen. Alain Badiou schreibt: „Einen neuen Menschen zu schaffen, läuft immer darauf hinaus, dass man die Zerstörung des alten verlangt. Die gewaltsame, die unversöhnliche Diskussion bezieht sich darauf, was der alte Mensch ist.“³⁶ Die deutschen Gruppen in Rumänien eigneten sich hervorragend, den alten Menschen exemplarisch darzustellen. Ihre soziale, politische und kulturelle Identität verkörperte die Antithese des kommunistischen Projekts, wodurch ihre Verfolgung eine sinnstiftende Funktion erfüllte. In diesem Sinn appellierte Vasile Luca auf seiner Polittour durch Nordsiebenbürgen im Frühjahr 1945 an die Ungarn und Rumänen sich zu verbrüdern, indem er sie an das gemeinsam erlittene Leid beider Völker und an deren gemeinsam geführten Kampf gegen den deutschen Imperialismus erinnerte.³⁷

Neben der offensichtlichen Verletzung des Anspruchs der Kommunisten, den Deutschen jenen Minderheitenschutz zukommen zu lassen, der zu wesentlichen Teilen als Legitimationsstrategie der RKP in den Nachkriegsjahren diente, fällt dabei besonders die Destruktivität ihrer Strategie im Hinblick auf das Verhältnis zu den Deutschen auf. Es herrschte in der RKP ein klares Bewusstsein darüber, dass die Repressionsmaßnahmen gegen die Deutschen nur dann sinnvoll sind, sofern diese letzten Endes außer Landes geschaffen

³⁴ Vgl. etwa Mariana Hausleitners Darstellungen des rumänischen Antisemitismus in der Bukowina dar: Mariana Hausleitner, *Die Rumänisierung der Bukowina: Die Durchsetzung des nationalstaatlichen Anspruchs Großrumäniens 1918–1944* (München: Oldenbourg, 2001), 282

³⁵ Vgl. Amir Weiner, „Nature and Nurture in a Socialist Utopia: Delineating the Soviet Socio-Ethnic Body in the Age of Socialism,” in David L. Hoffmann, Hg., *Stalinism: the Essential Readings* (Blackwell, 2003), 239–274:251.

³⁶ Alain Badiou, *Das Jahrhundert* (Zürich und Berlin: Diaphanes, 2006), 17.

³⁷ Rumänisches Nationalarchiv Bukarest, Fond CC al PCR. Cancelarie, Dosar 36/1945, S.5–6.

werden.³⁸ Gleichzeitig sah man die Chancen, dies realisieren können, zunehmend pessimistisch. Aus diesem Grund finden sich an mehrfacher Stelle Aussagen des Bedauerns, dass die nachhaltige Vertreibung nicht sofort nach oder noch während des Krieges mit größerer Entschlossenheit betrieben worden war.³⁹

Die Vertreibung der Deutschen im ostmitteleuropäischen Vergleich

Eine vollständige Antwort, warum es nicht zur Vertreibung der Deutschen aus Rumänien gekommen war, wurde bisher nicht geliefert. Einige Hinweise könnten allerdings durch einen Vergleich mit der Vertreibung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei; Ungarn und Jugoslawien gewonnen werden. Wie sehr oft bemerkt wurde, waren diese Geschehnisse, die 12 bis 14 Millionen Vertriebene nach sich zog, wesentlich von der Zustimmung der Alliierten Großmächte abhängig, die diese Bevölkerungstransfers autorisierten. Gleichzeitig belegen mehrere neuere Arbeiten, dass vor allem in Fällen Polens und der Tschechoslowakei die jeweils ethno-nationalistisch motivierten Regierungen starken Druck auf die Alliierten ausgeübt haben. Vor allem durch staatlich angeordnete „wilde Vertreibungen“ noch vor der Potsdamer Konferenz wurden in Polen und der Tschechoslowakei Tatsachen geschaffen, die den Umfang der Vertreibungen wesentlich beeinflussten. Diese „wilden Vertreibungen“ betrafen bereits 450.000 Deutsche aus der Tschechoslowakei und 400.000 Deutsche aus Polen⁴⁰ und erhöhten den Druck auf die Alliierten trotz deren schwindender Bereitschaft, die Verantwortung für die humanitären Folgen zu übernehmen, die Bevölkerungstransfers in geregelten Bahnen ablaufen zu lassen.⁴¹

Die Akten des ZK der RKP suggerieren hier vonseiten der rumänischen Regierung eine deutlich defensivere Haltung. So mahnte etwa Ministerpräsident Groza in der Sitzung vom 6. Juli 1945 der National-Demokratischen Front wenige Tage vor Beginn der Potsdamer Konferenz trotz der einhellig geäußerten Absicht innerhalb der Regierung, die Deutschen auch aus Rumänien zu vertreiben, dass diese Option in der gegenwärtigen internationalen Lage nicht in Frage käme: „Rumänien hat eine politische Position erlangt in der öffentlichen Meinung der westlichen Demokratien, in England und Amerika. Wenn wir diese Position verlieren, geraten wir wieder ins Chaos“.⁴²

³⁸ Vgl. Rumänisches Nationalarchiv Bukarest, Fond CC al PCR. Cancelarie, Dosar 44/1946.

³⁹ Vgl. Rumänisches Nationalarchiv Bukarest, Fond CC al PCR. Cancelarie, Dosar 44/1946.

⁴⁰ Manfred Kittel, Horst Möller, „Die Beneš-Dekrete und die Vertreibung der Deutschen im europäischen Vergleich,“ Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 54 (6) (2006): 541–581: 563.

⁴¹ Vgl. Service, „Reinterpreting“.

⁴² Rumänisches Nationalarchiv Bukarest, Fond CC al PCR. Cancelarie, Dosar 57/1945, S.12–13.

Um die im Vergleich zu den rumänischen Kommunisten sehr viel größere Entschlossenheit der polnischen und tschechoslowakischen Regierungen zu erklären, muss man die leidvolle Erfahrung deutscher Besatzung während des Krieges nennen, die auch in der breiten Bevölkerung viel Unterstützung für ein hartes Vorgehen gegen die deutsche Bevölkerung hervorgerufen hatte. Außerdem macht Service deutlich, dass im Fall Polens ein weiterer Faktor wesentlich war, nämlich die gleichzeitige Vertreibung von Millionen Polen und anderen Nationalitäten aus den östlichen Gebieten Polens, die nun der Sowjetunion zugeschlagen wurden. Die massenhafte Ankunft der ostpolnischen Vertriebenen, die die zu vertreibende deutsche Bevölkerung in Westpolen verdrängen sollte, mündete in eine nicht mehr vollständig kontrollierbare Situation, die ebenfalls dazu beitrug, dass weitere große Umsiedlungsaktionen mit britischer Unterstützung organisiert und durchgeführt wurden.⁴³

Offensichtlich kann aufgrund der sehr unterschiedlichen Kriegserfahrungen im rumänischen Fall nicht davon ausgegangen werden, dass es zu Ausschreitungen gegen die Deutschen gekommen wäre und die Akten beinhalten auch keinerlei Hinweise darauf. Sehr wohl kam es aber infolge der Enteignungen in Siebenbürgen und im Banat zu sozialen Spannungen und im Lauf der Zeit auch immer öfter zu lokalen Zusammenstößen mit Rumänen, Ungarn und Roma, die die Besitznachfolge in den enteigneten deutschen Häusern und Höfen antreten sollten.⁴⁴ Dieses Problem wurde in der RKP und der National-Demokratischen Front mehrmals diskutiert. Vasile Luca machte auch genau aus diesem Grund auch deutlich, dass die Repressionsmaßnahmen nur sinnvoll seien, wenn die anschließende Außer-Landes-Schaffung erfolgen kann, da die inneren Unruhen, die die Maßnahmen auslösten, weder international noch im Hinblick auf die öffentliche Ordnung auf Dauer tragbar seien.⁴⁵

Im Hinblick auf die Unterstützung der Großmächte wird man also einerseits davon ausgehen müssen, dass der Vertreibung der Deutschen aus Rumänien aus geopolitischer Sicht aufgrund ihrer wesentlich geringeren Zahl, aber auch aufgrund der marginalen Konsequenzen für die Abgrenzung der Einflusszonen zwischen der Sowjetunion und der West-Alliierten, bei weitem nicht die Bedeutung hatte wie jene aus Polen und der Tschechoslowakei. Dies dürfte ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass die rumänischen Kommunisten keine internationale Unterstützung für die Vertreibung der Deutschen finden konnten. Vom April 1946 ist belegt, dass der Generalsekretär der RKP, Gheorghe Gheorghiu-Dej, das Thema gegenüber Stalin ansprach, der Dejs Anliegen

⁴³ Service, „Reinterpreting“.

⁴⁴ Berichte darüber finden sich relativ häufig. Vgl. Rumänisches Nationalarchiv Bukarest, Fond CC al PCR. Cancelarie, Dosar 57/1945, S.11; Dosar 74/1946, S.16; Dosar 44/1946, S.14–15.

⁴⁵ Rumänisches Nationalarchiv Bukarest, Fond CC al PCR. Cancelarie, Dosar 57/1945, S.11–16.

allerdings mit der lapidaren Feststellung zurückwies, dass der Krieg vorbei sei.⁴⁶ Auch in der Politbüro-Sitzung vom 9. August 1946 herrschte die Auffassung, dass die Möglichkeit der Umsiedlung der ethnischen Deutschen aus Rumänien unter den gegebenen internationalen Umständen nur noch in ausdrücklicher Übereinkunft mit Deutschland denkbar war, da eine gewaltsame Vertreibung von der internationalen Staatengemeinde unter keinen Umständen mehr akzeptiert würde.

Gleichzeitig waren die Vertreibungen der Deutschen aus Ostmitteleuropa nicht nur durch das einfache geopolitische Interesse der Erweiterung von Einflusszonen bedingt. Interne Faktoren wie die Erfahrung deutscher Besatzung während des Krieges, die oft in eine ausgeprägte Vergeltungsstimmung mündete spielten ebenso eine Rolle wie allgemeinere Tendenzen einiger Exil- und Nachkriegsregierungen, ihre staatliche Rekonstituierung auf ethno-nationalistischen Fundamenten zu bewerkstelligen, indem sie weitestgehend homogene Nationalstaaten anstrebten. Im größeren europäischen Kontext bedeutete das, dass es immer wieder zu Verdrängungseffekten wie jenem in Polen gekommen war, dem die dortige deutsche Bevölkerung weichen musste. Diese Bedingungen sind im Zusammenhang mit dem Ergebnis der Vertreibung der Deutschen für die Länder Ostmitteleuropas in Tabelle 1 zusammengefasst.

Tabelle 1: Bedingungen für die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa

	Bedingung 1	Bedingung 2	Bedingung 3	Bedingung 4	Ergebnis
	Geopolitische Bedeutung	Vergeltungsstimmung aufgrund der Kriegserfahrung	Ethno-nationalistische Rekonstituierung	Verdrängung durch anderen Bevölkerungs-transfer	Vertreibung der Deutschen
Polen	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Tschechoslowakei	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Jugoslawien	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja
Ungarn	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
Rumänien	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein

⁴⁶ Das Stenogramm dieser Diskussion, die am 2. und 3. April in Moskau statt fand, und an der neben Gheorghe Gheorghiu-Dej auch Teohari Georgescu für die RKP teilnahm, sowie für die KP (b) der UdSSR neben Stalin auch der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow und der spätere Vorsitzende des Ministerrates Georgi Maximilianowitsch Malenkow, findet sich in Berindei, Dobrinicu, Goșu, *Istoria Comunismului*, 47–59.

Die geopolitische Bedeutung bestand in Polen und der Tschechoslowakei insbesondere darin, dass man eine wesentliche Verschiebung der sowjetischen Einflusszone nach Westen erreichen wollte. Diese Bedingung fällt im rumänischen, im jugoslawischen und im ungarischen Fall weg, da hier die deutschen Siedlungsgebiete verstreut lagen und die Grenze der Einflusszonen entsprechend kaum beeinflusste. Die Erfahrung einer deutschen Kriegsbesatzung mit durchwegs drastischen Folgen für die gesamte Bevölkerung machten allerdings alle Vertreiberstaaten mit Ausnahme Ungarns. Der jugoslawische Fall suggeriert, dass leidvolle Kriegserfahrung und die Folge einer Vergeltungsstimmung von den hier diskutierten Bedingungen vielleicht die entscheidendste darstellt, da diese hier allein bereits ausreichte, um zur massenhaften Vertreibung der Deutschen zu führen. Der Versuch einer ethno-nationalistischen Rekonstituierung aufbauend auf einer einzigen Ethnie kennzeichnet Polen und die Tschechoslowakei am Ende des Zweiten Weltkriegs, während Jugoslawien einen demonstrativen anti-nationalistischen Weg ging. Auch Rumänien kann während der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht als Fall gelten, der seine staatliche Wiederherstellung wesentlich über eine Stärkung des rumänischen Nationalismus zu erreichen suchte.

Ungarn stellt in mehrfacher Hinsicht einen Sonderfall dar, da dort die Vertreibung der Deutschen weder von der ungarischen Regierung, noch von der lokalen Bevölkerung gewünscht wurde. Im Hinblick auf die Besatzungserfahrung durch die Deutschen ist zu bemerken, dass Ungarn zwar 1944 besetzt wurde, dass aber am Ende des Zweiten Weltkriegs keine vergleichbare Vergeltungsstimmung gegen die Deutschen herrschte, wie sie Polen, die Tschechoslowakei und Jugoslawien auszeichnete.⁴⁷ Stattdessen waren es die tschechoslowakischen und sowjetischen Regierungen, die auf der Potsdamer Konferenz am stärksten auf die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn drängten, um dadurch die Bedingungen zu schaffen, massenhaft Ungarn aus der Tschechoslowakei zu vertreiben, die wiederum an die Stelle der zu vertreibenden Deutschen treten sollten. Die ungarische Regierung stand diesen Absichten naturgemäß mit großer Skepsis gegenüber, da für sie die Vertreibung der Deutschen auf diese Weise ein Eingeständnis in den Bevölkerungstransfer von Ungarn aus den umliegenden Nachbarländern auf ungarisches Staatsgebiet bedeutete.⁴⁸ Ethno-nationalistische Rekonstituierung wiederum spielte in Ungarn nicht die Rolle wie in Polen und der Tschechoslowakei, da das Land in seinen Grenzen seit

⁴⁷ Balázs Apor, "The Expulsion of the German Speaking Population from Hungary," in Steffen Prauser, Arfon Rees, Hg., *The Expulsion of the 'German' Communities from Eastern Europe at the End of the Second World War*. EUI Working Paper HEC No. 2004/1 (Florenz: European University Institute, 2004), 30–45:34.

⁴⁸ Apor, "Expulsion".

1920 ethnisch relativ homogen war und daher das Herstellen eines alleinigen Führungsanspruchs der ethnischen Ungarn kein politisches Problem darstellte. Der Fall Ungarns ist daher vor allem deshalb interessant, da er neben dem bisher dominanten Faktor der Vergeltungsstimmung die Bedeutung anderer gleichzeitig laufender Bevölkerungstransfers unterstreicht, die selbst bei Fehlen aller anderen Bedingungen ausreichen konnten, die Vertreibung der Deutschen zu bedingen.

In der Zusammenschau dieser vier Bedingungen für die Vertreibung der Deutschen aus den Ländern Ostmitteleuropas erweist sich daher keine Bedingung als für sich genommen notwendig. Zwei Bedingungen, die Existenz einer durch die Kriegserfahrung verursachten weit verbreiteten Vergeltungsstimmung sowie ein durch andere Bevölkerungstransfers verursachter Verdrängungseffekt, waren jeweils hinreichende Bedingungen, um zur Vertreibung der Deutschen zu führen. Der Fall Rumäniens wiederum weist keine der Bedingungen auf, die in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien als ausschlaggebend für die Vertreibung gelten können. Ob die rumänischen Kommunisten all diese Faktoren in der gleichen Weise wie eben dargelegt bewertet haben, ist aus den Akten nicht zu klären. Fest steht, dass in der bereits erwähnten Politbüro-Sitzung vom 9. August 1946 Ion Gheorghe Maurer⁴⁹ das Problem mit den Deutschen in Rumänien zusammenfasste und dabei zu dem Schluss gekommen ist, dass die Vertreibung der Deutschen aufgrund fehlender internationaler Unterstützung nicht mehr sehr realistisch schien. Vor allem wies er nachdrücklich darauf hin, dass die bisherige Handhabe in der Umsetzung des Agrarreformgesetzes den in Artikel 4 des Friedensvertragsentwurfs festgesetzten Grundsatz der völligen Rechtsgleichheit für alle rumänischen Staatsbürger klar verletze. Diese Haltung, wonach die Deutschen bei der Agrarreform nicht als Nationalität, sondern als Kollaborateure betrachtet würden, würde laut Maurer früher oder später in Frage gestellt werden und als Diskriminierung „aufgrund ihrer rassischen Herkunft“ ausgelegt werden.⁵⁰

In dem Maße, wie sich fortan die Einsicht durchsetzte, dass es zu keiner Vertreibung der Deutschen kommen würde, ging man vom bisherigen Vorgehen ab, bezeichnete die kollektive Verfolgung der Deutschen aufgrund deren ethnischer Herkunft als Fehler und propagierte die Integration der

⁴⁹ Maurer war selbst deutscher ethnischer Herkunft. siehe Georgeta Daniela Oancea, „Mythen und Vergangenheit: Rumänien nach der Wende,“ (Dissertation, Ludwig-Maximilians-Universität München, 2005), 34. online verfügbar unter: edoc.ub.uni-muenchen.de/4577/1/Oancea_Daniela.pdf (2.9.2015); biographische Angaben (allerdings ohne den Hinweis auf seine deutsche ethnische Herkunft) und politisches Kurzprofil in Tismaneanu, *Stalinism for All Seasons*, 262f.

⁵⁰ Rumänisches Nationalarchiv Bukarest, Fond CC al PCR. Cancelarie, Dosar 44/1946, S.15.

deutschen Minderheit in die sozialistische Gesellschaft mit den Mitteln des Klassenkampfes.⁵¹ Damit war keineswegs die Verfolgung der Angehörigen der deutschen Minderheit beendet, aber von hier weg kamen erstmals die Mittel einer stalinistische Pädagogik zur Anwendung, die einen „Weg der Wiedergutmachung“ anstrebte. Ziel war es von nun an durch „Entlarvung und Ausschaltung der faschistischen Elemente“ die „völlige Ausmerzungen des Einflusses, den der Hitlerismus in den Reihen der Deutschen in Rumänien gewonnen hat“, zu erreichen und hierbei besonderes Augenmerk auf die Erziehung der Jugend zu legen, „auf welche die Faschisten unter dem Deckmantel verschiedener Kirchenorganisationen auch heute noch ihren Einfluss geltend machen wollen“.⁵² Mit dieser Neuorientierung in der Politik gegenüber den Deutschen wurden letztere schließlich wieder vom Feind zur Minderheit.

CAUZE ALE REPRESIUNILOR ÎMPOTRIVA MINORITĂȚII GERMANE DIN ROMÂNIA LA SFÂRȘITUL CELUI DE-AL DOILEA RĂZBOI MONDIAL ȘI DE CE N-AU FOST TOTUȘI EXPULZAȚI

Rezumat

Articolul propune o dezbatere referitoare la politica de represiune împotriva comunității germane din România la sfârșitul celui de-al doilea Război mondial, din perspectiva Partidului Comunist Român. În acest scop, analiza se face în trei pași. Primul analizează poziția politică a PCR pe plan intern și internațional, cu accent pe marginalitatea sa tradițională și pe considerarea problemei naționalităților ca fiind una centrală, prin care PCR a căutat să-și câștige legitimitatea internă și internațională. În al doilea rând, articolul utilizează înregistrări de arhivă, mai ales ale dezbaterilor din cadrul întâlnirilor de partid și guvernamentale, cu scopul de a identifica motivele care au stat în spatele represiunilor împotriva etnicilor germani. Devine evident că aceste politici au vizat în final expulzarea etnicilor germani din România, politici pentru care PCR nu a primit însă niciodată avizul internațional. Ca urmare, în al treilea rând, articolul dezbate rațiunile pentru care etnicii germani nu au fost expulzați din România, punând cazul României în context comparativ cu celelalte țări din Europa central-estică. Rezultă că niciuna dintre condițiile care au dus la expulzarea germanilor din Polonia, Cehoslovacia, Ungaria și Iugoslavia nu a existat în România.

⁵¹ Programmatic pentru aceasta este prima număr a Zăitung „Neuer Weg“, welche als Organ des neu gegründeten Deutschen Antifaschistischen Komitees ab 13. März 1949 tãglich in deutscher Sprache erschien. Vgl. *Neuer Weg*, Nr. 1949/1.

⁵² *Neuer Weg*, Nr. 1949/1.